

Stand: 24.06.2026 06:40:15

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/5003

"Sofortprogramm für die Beschulung junger Flüchtlinge"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/5003 vom 28.01.2015
2. Beschluss des Plenums 17/5068 vom 29.01.2015
3. Plenarprotokoll Nr. 35 vom 29.01.2015



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Martin Güll, Natascha Kohnen, Inge Aures, Volkmar Halbleib, Helga Schmitt-Bussinger, Dr. Simone Strohmayer, Hans-Ulrich Pfaffmann, Margit Wild, Kathi Petersen, Isabell Zacharias** und **Fraktion (SPD)**

Sofortprogramm für die Beschulung junger Flüchtlinge

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dafür zu sorgen, dass schulpflichtige Flüchtlinge und Asylbewerber an den Regelschulen angemessen beschult werden können.

Dafür ist ein Sofortprogramm mit einem Volumen von 10 Mio. Euro für 2015 vorzulegen.

Insbesondere wird die Staatsregierung aufgefordert,

- kurzfristig weitere Lehrkräfte einzustellen, um zusätzliche Klassen an den Regelschulen und insbesondere an den beruflichen Schulen bilden zu können,
- den Einsatz von Lehrkräften mit der Zusatzqualifikation Deutsch als Zweitsprache zu erhöhen,
- den mobilen sonderpädagogischen Dienst (MSD) zu verstärken, um eine größtmögliche Unterstützung der Schülerinnen und Schüler in den Übergangsklassen zu gewährleisten,
- kurzfristig zusätzliches pädagogisches Personal (Sozialarbeiter und Heilpädagogen) einzustellen, das die Lehrkräfte in den Regelklassen bei der individuellen Betreuung der Flüchtlingskinder unterstützt.

Darüber hinaus wird die Staatsregierung aufgefordert, die zusätzlichen Mittel dafür einzusetzen, dass mehr Angebote von Sprachkursen gemacht werden können und vermehrte, fachliche Hilfe für traumatisierte Flüchtlinge möglich wird.

Die Umsetzung erfolgt in Form von außerplanmäßigen Ausgaben oder, sofern erforderlich, durch einen Nachtragshaushalt.

Begründung:

Die Anzahl von jungen Flüchtlingen, die nach Bayern kommen, wächst stetig. Insbesondere im letzten halben Jahr bereitet es nicht nur immer größere Schwierigkeiten, die Flüchtlingsfamilien unterzubringen, sondern auch eine angemessene Beschulung zu gewährleisten oder gute Bildungsangebote machen zu können. Die allgemeinen und beruflichen Schulen müssen die große Zahl neuer Schülerinnen und Schüler unter oft schwierigsten Voraussetzungen unterrichten. Dazu brauchen sie dringend mehr Ressourcen, die bedarfsgerecht eingesetzt werden können. Das Erlernen der deutschen Sprache ist die Grundlage für eine gelingende Integration. Die Mittel hierfür dürfen nicht vermindert werden, sondern sie müssen deutlich erhöht werden.



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Martin Güll, Natascha Kohnen, Inge Aures, Volkmar Halbleib, Helga Schmitt-Bussinger, Dr. Simone Strohmayr, Hans-Ulrich Pfaffmann, Margit Wild, Kathi Petersen, Isabell Zacharias** und **Fraktion (SPD)**

Drs. 17/5003

Sofortprogramm für die Beschulung junger Flüchtlinge

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Inge Aures

II. Vizepräsidentin

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet

Abg. Margit Wild

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures

Abg. Prof. Dr. Gerhard Waschler

Abg. Martin Güll

Abg. Günther Felbinger

Abg. Thomas Gehring

Abg. Michael Hofmann

Staatssekretär Georg Eisenreich

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Ich rufe auf:

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Martin Güll,
Natascha Kohnen u. a. und Fraktion (SPD)**

Sofortprogramm für die Beschulung junger Flüchtlinge (Drs. 17/5003)

Ich eröffne die Aussprache. Erste Rednerin ist die Frau Kollegin Wild von der SPD.

Margit Wild (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Wer heute sehr aufmerksam den "Münchner Merkur" gelesen hat, konnte unter der Überschrift "Der Weg aus der Isolation" folgende Zitate finden. "Für einige Asylbewerber kann es Jahre dauern, bis sie von staatlicher Seite einen Deutschkurs ermöglicht bekommen." So Irene Martius. Und Christine Loibl, VHS-Referentin für Sprachen und Integration, führt aus: "Es ist dringend nötig, dass es endlich eine flächendeckende staatliche Förderung für die Kurse gibt." Des Weiteren kann man diesem Artikel auch entnehmen, dass nicht alle Kommunen und Gemeinden die Möglichkeit haben, Deutschkurse anzubieten. Es gibt lediglich 40 solcher Gemeinden in Bayern.

Wie behelfen sich nun die Volkshochschulen weiter? - Es gibt Volkshochschulen, deren Gemeinden ausreichende finanzielle Mittel haben und die ausreichende Unterstützerinnen und Unterstützer finden, sodass sie diese so wichtigen Deutschkurse kostenlos anbieten können. Aber ist es denn chancengerecht, wenn Kommunen, die ausreichend Mittel haben, ihre Volkshochschulen unterstützen und damit Sprachkurse ermöglichen können, andere aber, die finanziell schlechter dastehen, diese Kurse nicht anbieten können?

Da hilft es nicht weiter, wenn die Kolleginnen und Kollegen der CSU in ihren schönen Reden alle Fragen abtun und lediglich sagen, jeder, der möchte, kann diese Chance ergreifen und einen Sprachkurs besuchen. Die Realität sieht anders aus, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU.

(Beifall bei der SPD)

Lassen Sie mich nun einen Blick auf unsere Schulen richten, zum einen auf die beruflichen Schulen und zum anderen auf die Regelschulen. Sie sollten sich bewusst machen, mit welchem persönlichen Engagement, mit welcher Kraft, mit welchem Idealismus sich die Lehrkräfte in diesen Schulen den Herausforderungen stellen, die aufgrund der momentanen Situation auf sie zukommen. Sie kommen sowohl in den Übergangsklassen auf sie zu, wo es in den Städten möglicherweise noch ein bisschen einfacher ist, als auch in den Klassen auf dem flachen Land, wo die Kinder einfach in der Klasse sitzen und keine zweite Person zur Unterstützung da ist.

Herr Waschler, Sie schütteln den Kopf. Sie sollten sich einmal mit den Lehrkräften unterhalten, die sich dieser schwierigen Aufgabe stellen. Das sind nicht wenige. Diese Lehrkräfte sagen Ihnen etwas ganz anderes. Sie schildern, dass es oftmals über ihre Kräfte geht, weil sie es mit Kindern zu tun haben, die schwer traumatisiert sind. Sie haben es mit Schülerinnen und Schülern zu tun, die oft aus sehr schwierigen sozialen Verhältnissen kommen. Sie haben es mit Schülerinnen und Schülern zu tun, die zu Hause keine Rückzugsmöglichkeiten haben, um intensiv zu lernen.

Sie haben es mit Schülerinnen und Schülern zu tun, die in der Altersstreuung sehr weit auseinanderliegen, und sie haben es mit Schülerinnen und Schülern zu tun, die zum Teil Analphabeten sind und zum Teil Kenntnisse in zwei oder drei Sprachen haben. Das ist eine riesige Bandbreite, mit der die Lehrkräfte an den Schulen zu kämpfen haben, nicht zu vergessen die Laut- und Schriftsprache, die auch sehr unterschiedlich ist.

An dieser Stelle muss man sagen – das halte ich ganz deutlich fest –, dass diese Kinder der Schulpflicht unterliegen. Sie haben ein Recht auf angemessene Unterrichtung. Sie haben das Recht auf eine angemessene Zahl von Personen, die sich um sie persönlich kümmern, und auf angemessenes Unterrichtsmaterial.

Dafür sind aber – auch das sage ich in Ihre Richtung – nicht in erster Linie die privaten Initiativen oder die Kommunen zuständig, sondern dafür ist der Freistaat zuständig.

(Beifall bei der SPD)

Der Freistaat hat diesen Bildungsauftrag zu erfüllen. Dem kommt er aber nicht in ausreichendem Maße nach. Ich will jetzt nicht wieder wie bei meinem letzten Beitrag sagen: Ich nehme das zur Kenntnis; es gibt Angebote. Da stimme ich Ihnen durchaus zu. Aber diese Angebote reichen bei Weitem nicht aus.

Und dann ist noch etwas festzustellen. Es handelt sich zum großen Teil um hoch motivierte Kinder und Jugendliche, deren Fähigkeiten und Potenziale wir nützen müssen. Wir müssen diesen Kindern und Jugendlichen jede denkbare Chance geben und dürfen ihnen die Chancen nicht verbauen. Sie sagen doch immer: Auf den Anfang kommt es an. Dann kommt es aber auch darauf an, dass wir möglichst versuchen, individuell auf diese Schülerinnen und Schüler einzugehen.

Ich habe Ihnen jetzt diese große Heterogenität in aller Bandbreite geschildert. Da muss man doch nachvollziehen können, dass das ein einziger Lehrer in einer Klasse mit oft über 20 Schülerinnen und Schülern nicht schaffen kann.

(Beifall bei der SPD – Zuruf von der SPD: Bravo!)

Einerseits hat der Lehrer oder die Lehrerin den Auftrag, die Flüchtlingskinder angemessen wahrzunehmen, ihre Fähigkeiten und Talente zu erkennen, sie zu fördern und ihnen Chancen zu ermöglichen, andererseits muss er oder sie auch den anderen Schülerinnen und Schülern gerecht werden. Es darf nicht sein, dass man dadurch, dass man die einen fördert, die anderen vernachlässigt. So schaut es aber aus. Da wird es dann gefährlich; denn wenn so ein Ungleichgewicht herrscht, stehen Eltern sehr schnell auf der Matte und sagen: Da steht der Lehrer alleine drinnen, der sich um die Flüchtlingskinder kümmern muss, das ist alles schön und recht, aber was ist mit meinem Kind? – Da fängt so manche Abneigung, so manches Ressentiment und so manche Ablehnung gegenüber ausländischen Kindern und Jugendlichen an. Das darf man nicht einfach wegschieben, das gibt es. Deshalb muss man die Lehrkräfte unter-

stützen, damit beides möglich ist. Alle Schülerinnen und Schüler haben das Recht auf eine adäquate Förderung, egal woher sie kommen.

(Beifall bei der SPD)

Deshalb müssen sie nachvollziehen können, dass wir dieses Dilemma sehen und die Defizite erkennen, weil wir weder den zu uns kommenden Kindern und Jugendlichen Chancen verbauen wollen noch weil den hier lebenden und deutsch sprechenden Kindern Nachteile erwachsen dürfen. Da müssen wir für eine Gerechtigkeit und in den Klassen nach Möglichkeit für ein Zwei-Pädagogen-System sorgen. Mit Blick auf stark traumatisierte Kinder und Jugendliche müssen wir es auch schaffen, ausreichend Sozial- und Heilpädagogen in die Klassen hineinzunehmen. Aber das geht nun einmal nicht ohne Geld.

Wir haben gesagt, auch Material ist dringend notwendig. Dass Lehrkräfte in ihrer freien Zeit oft selber Arbeitspapiere und Arbeitsmaterialien erstellen und Kopiergeld aus der eigenen Tasche bezahlen, kann wohl nicht sein. Der Staat hat auch für Lehrkräfte eine Fürsorgepflicht und deshalb ausreichend Unterrichtsmaterialien und Arbeitsblätter zur Verfügung zu stellen. Das ist außerordentlich wichtig.

Ein weiterer Punkt ist die Sprache als wichtiger Schlüssel zur Welt oder als Weg aus der Isolation, wie es in der erwähnten Überschrift geheißen hat. Wir mahnen zum wiederholten Male an, dass die 420 Lehrkräfte, die Deutsch als Zweitsprache unterrichten, in keiner Weise ausreichen. Es muss intensiv daran gearbeitet werden, diese Kurse und Zusatzausbildungen stärker anzubieten. Wir gehen sogar so weit – auch das haben wir bereits öfter gefordert –, Deutsch als Zweitsprache als Grundkompetenz in die Lehrerausbildung einzubeziehen.

Zum Schluss möchte ich noch Folgendes sagen: Zur Verabschiedung unseres Polizeipräsidenten war vor Kurzem Innenminister Herrmann bei uns in Regensburg. Dabei hat Minister Herrmann sehr deutliche Worte gewählt und gesagt, man müsse die Dinge beim Namen nennen, klar ansprechen und Konsequenzen ziehen. Ich habe hier

die Dinge in aller Kürze klar angesprochen und klare Konsequenzen gefordert. Wir brauchen dringend ein Sofortprogramm. Handeln Sie! Handeln Sie jetzt und reden Sie nicht nur darüber, dass alles so wunderschön wäre.

(Anhaltender Beifall bei der SPD)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Herzlichen Dank. - Ich bitte jetzt Herrn Kollegen Professor Dr. Waschler zum Rednerpult.

Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): (Vom Redner nicht autorisiert) Frau Präsidentin, Herr Ministerpräsident, Hohes Haus, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Liebe Frau Kollegin Wild, Printmedien berichten manchmal etwas verkürzt, vielleicht auch nur mit regionalem Blick. Tatsache ist, dass wir uns in Bayern derzeit angesichts kriegerischer Ereignisse einer riesengroßen Herausforderung stellen, die wir den Umständen entsprechend von außen nicht beeinflussen können. Dieser Herausforderung stellen wir uns im Freistaat Bayern sehr gut.

Wir haben uns in der Plenardebatte vor der Weihnachtspause bereits über dieses Thema ausführlich unterhalten. Neben all den hier im Einzelnen zu erwähnenden Dingen hat die Staatsregierung auch darauf hingewiesen, dass wir uns immer dann auch dieser Diskussion stellen, wenn ein Nachsteuerungsbedarf besteht.

Sie haben durchaus sehr charmant übergebracht, dass Sie mit vielen Dingen, die hier laufen, einverstanden sind. Da kann ich nur sagen: Wir sollen bei diesen Punkten unser Licht bitte nicht unter den Scheffel stellen, sondern auch sagen, dass wir gerade für das Erlernen der Sprache deutschlandweit über die KMK hoch anerkannte Programme haben, vor allem für Deutsch als Sprache berufsschulpflichtiger Flüchtlinge und Asylsuchender. Auch das muss man in aller Deutlichkeit erwähnen. Den riesengroßen Zuwachs bei den Haushaltszahlen im Bereich des Wissenschaftsministeriums bzw. des Kultusministeriums sowie des Sozialministeriums sollten wir nicht gering schätzen. Dazu wird Herr Kollege Hofmann noch etwas sagen.

Herr Kollege Güll, es geht mir darum, auch deutlich zu machen, dass wir von der CSU-Fraktion uns bei dieser Herausforderung nicht verstecken und uns mit Anträgen, die hierzu im Bildungsausschuss behandelt werden, der Diskussion stellen. Ich hoffe sehr, dass die Opposition sagt: Diese Anträge, die aktuell das Licht der Welt erblicken, sind ein Schritt in die richtige Richtung, das machen wir mit. Deswegen nenne ich hier stichpunktartig die Themen, mit denen wir uns beschäftigen.

Frau Kollegin Wild, wir fordern etwa, für alle interessierten Lehrkräfte im Sinne der Flüchtlinge und Asylbewerber eine Online-Fortbildung zur Verfügung zu stellen. Diesen Auftrag geben wir hier weiter, um bewährte Angebote noch intensiver und breiter auf den Weg zu bringen. Auch beim Thema "Deutsch als Zweitsprache" haben wir bisher vonseiten der Opposition immer nur Zustimmung bekommen, sodass wir das im Rahmen des Lehramtsstudiums auch mit dem Akzent "Interkultureller Unterricht" mit einem hohen Praxisbezug in der Fläche anbieten können. Es geht auch darum, Fortbildungen für pädagogisches Personal in Kindertageseinrichtungen und im Bereich der Inhalte für die Ausbildung von Erziehern noch intensiver und breiter als bisher durchzuführen.

Weil uns dieser Akzent sehr, sehr wichtig ist, wird für Lehrerinnen und Lehrer an Grund- und Mittelschulen, die erstmals mit minderjährigen Flüchtlingen und Asylbewerbern unterrichtlich beschäftigt sind, zusätzlich ein umfassendes Fortbildungsprogramm auf den Weg gebracht. Damit haben wir uns auch während unserer Klausurtagung in diesem Monat im Rahmen des Arbeitskreises Bildung und Kultus befasst. Weil das nicht nur regional an einer Schule konkret geht – da spielt natürlich die schulinterne Lehrerfortbildung eine dominante Rolle –, ist zu all den Fragen, die hier in Bezug auf die Beschulung minderjähriger Flüchtlinge und Asylbewerber eine Rolle spielen, an erster Stelle die Sprache und die kulturelle Sensibilität, ein breites Programm für die Schulaufsicht, die Schulleitungen und Lehrer geplant. Sehr wichtig ist auch, was immer am Rande steht und vergessen wird, die spezifische Vermittlung von wichtigen

schulpsychologischen Kenntnissen, um der besonderen Situation derjenigen, die zu uns gekommen sind, gerecht zu werden.

Wir haben also eine gemeinsame, sehr wichtige Aufgabe. Zu dieser gemeinsamen Aufgabe – das darf man bitte nicht gering schätzen – haben Sie in Ihrem Antrag viele Punkte aufgelistet. Zu einigen Punkten können Sie schon einen Haken machen, wie Sie bei der Beratung des Bildungsausschusses zu unseren Anträgen merken werden. Aber bei den großen Haushaltsansätzen und Herausforderungen, die wir im Freistaat Bayern insgesamt haben, müssen wir natürlich solide Finanzen haben, und zwar nicht nur in der Gegenwart, sondern auch weit in der Zukunft.

Herr Ministerpräsident, nicht nur der ausgeglichene Haushalt, sondern auch die Rückzahlung von noch vorhandenen Schulden sind Zukunftsaufgaben, die wir keinesfalls gering schätzen würden.

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): (Vom Redner nicht autorisiert) Ich bin fast am Ende. Dann kann die Frage gestellt werden. - Insofern kann ich feststellen, dass wir alle vollzeitschulpflichtigen Flüchtlinge beschulen können. Insofern wollen wir bei der Schwierigkeit der Aufgabe immer die Dinge sehen, die wir schultern können. Auch die von der Staatsregierung angebotene Nachsteuerung werden wir weiterhin intensiv begleiten.

Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit und stehe gerne für die Nachfrage zur Verfügung.

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Herzlichen Dank. - Bevor ich jetzt Herrn Kollegen Güll das Wort erteile, möchte ich Ihnen mitteilen, dass die SPD für den aufgerufenen Tagesordnungspunkt namentliche Abstimmung beantragt hat.

Martin Güll (SPD): Herr Professor Waschler, Sie stellen Dinge durchaus geschickt dar, die man nicht ablehnen kann und die sehr wichtig sind. Wir haben den Antrag

auch deshalb gestellt. Der Antrag nennt auch zehn Millionen Euro, die nicht aus der Luft gegriffen sind. Sie stammen aus den Haushaltsverhandlungen, die der BLLV auch der CSU vorgestellt und ihr gegenüber begründet hat. Die CSU inklusive des Herrn Kultusministers hat damals kundgetan, dass diese zehn Millionen Euro berechtigt und notwendig seien. Herr Spaenle soll sogar gefragt haben, ob sie denn ausreichten. Dann kommt es zu den Haushaltsverhandlungen, und diese Zusagen verschwinden wieder.

Der Betrag ist also nicht aus der Luft gegriffen, und deshalb einfach die Frage: Ist es korrekt, dass Sie das damals auch zugesagt und für notwendig erklärt haben? Alles, was Sie jetzt gesagt haben, ist notwendig und wird mittelfristig sicherlich greifen. Was wir aber doch schnell brauchen, sind die Dinge, die man nur über zusätzliche Finanzmittel erreichen kann.

(Beifall bei der SPD)

Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): (Vom Redner nicht autorisiert) Danke für die konkrete Frage, Herr Kollege Güll. Es würde mich interessieren, wo ich diesbezüglich etwas gesagt hätte. Mir ist absolut nichts in Erinnerung. Fragen Sie insofern bitte diejenigen, die angeblich etwas gesagt haben. Ich stelle nur fest, dass die Haushaltsverhandlungen nicht mit einem Lehrerverband geführt werden, sondern hier im Parlament.

(Beifall bei der CSU – Zurufe von der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Jetzt bitte ich den Herrn Kollegen Felbinger.

Günther Felbinger (FREIE WÄHLER): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Zunächst bin ich erfreut, dass sich in der CSU etwas bewegt, Herr Kollege Professor Dr. Waschler. Die Anträge zum Doppelhaushalt – damals hieß der von den FREIEN WÄHLERN "Notprogramm für Flüchtlingskinder an

bayerischen Schulen", und die GRÜNEN hatten einen ähnlich lautenden Antrag, auch über zehn Millionen Euro – haben scheinbar zumindest zum Nachdenken angeregt; denn Sie haben jetzt drei Dinge vorgestellt, die hier zumindest einen Tropfen auf den heißen Stein darstellen. Die Online-Fortbildung für Lehrkräfte ist sicherlich eine sinnvolle Sache, sie muss aber erst einmal wirksam werden. Die Einführung von DaZ-Modulen in das Lehramtsstudium ist eine längerfristig angelegte Sache und sicherlich richtig.

Wenn Sie unter anderem mehr Fortbildungen für Kindertagesstätten anbieten wollen, muss ich Sie natürlich auch gleich fragen, wie viele zusätzliche Mittel Sie dafür eingestellt haben, weil es in diesem Bereich Streichungen Ihrerseits gegeben hat.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Die arbeiten gratis!)

Fortbildung für Lehrer zur Unterrichtung von Flüchtlingen ist sicherlich sinnvoll, aber wir benötigen mehr als das, was Sie jetzt hier vorgestellt haben. Wir sind daher schon sehr gespannt, ob diesen drei Ankündigungen noch weitere Anträge folgen. Man muss feststellen, dass sich seit den Gesprächen, zum Beispiel mit dem BLLV und dem Staatsministerium, oder seit den Haushaltsverhandlungen in diesem Bereich leider nur sehr wenig getan hat. Der Ball liegt jetzt in der Tat bei Ihnen, bei der CSU-Fraktion. Sie müssen hier ein solches Not- bzw. Sofortprogramm auf den Weg bringen; denn die Sachlage wird nicht einfacher. Das Frühjahr kommt wieder, das Wetter wird besser. Es können dann wieder mehr Flüchtlinge einfacher über das Mittelmeer zu uns kommen. Die Situation an den Schulen ist hingegen unverändert. Die Lehrkräfte an den Mittel- und Grundschulen sind deutlich überlastet. Die Flüchtlingskinder sind nach wie vor traumatisiert und benötigen psychologische Unterstützung. Die Kinder, die ankommen, haben nur wenige oder gar keine Deutschkenntnisse, und das erschwert die Kommunikation an der Schule.

Wir brauchen für die Menschen vor Ort Hilfe. Dabei nützt es uns wenig – das muss ich zu dem Antrag der SPD kritisch anmerken –, Stellen zu fordern. Diese werden mo-

mentan nicht wirksam werden, weil sie haushaltsrelevant sind. Insofern benötigen wir eine Soforthilfe, eine finanzielle Unterstützung für die Menschen vor Ort, damit draußen etwas passiert. Den Schulleitungen und den Lehrkräften fehlen schlicht und einfach die finanziellen Mittel, um kurzfristig Dolmetscher, Schulsozialarbeiter oder anderes zusätzliches Fachpersonal einstellen zu können. In dieser Richtung muss etwas geschehen.

Noch einmal zum Antrag der SPD: Wir brauchen natürlich mehr Lehrer für Deutsch als Zweitsprache, das ist völlig klar. Sie müssen aber erst einmal ausgebildet werden. Es ist wünschenswert, dass da etwas gemacht wird, und wir müssen dauerhaft daran arbeiten; denn die 420 Stellen, die es hierfür momentan an den bayerischen Schulen gibt, sind zu wenig.

Es kann nicht sein, dass die Schulleiter weiterhin bei den Regierungen die Bittsteller sind, um zusätzliche Mittel zu erhalten. Sie benötigen endlich Handlungsfreiheit, um eigenverantwortlich Entscheidungen vor Ort treffen zu können. Dieser Deal bzw. dieses Gespräch zwischen dem BLLV-Präsidenten Herrn Wenzel und Herrn Kultusminister Dr. Spaenle, das schon angesprochen wurde, hat ja gezeigt, dass bei dem Herrn Kultusminister offenbar durchaus Verständnis dafür vorhanden ist, er sich aber nicht gegen die CSU-Fraktion durchsetzen konnte. Man muss klar sagen, dass hier das Gefüge um Herrn Minister Dr. Spaenle wohl nicht stark genug ist, um diesen Akzent wirklich zu setzen.

Herr Professor Dr. Waschler, wir sind sehr gespannt, welche Anträge als nächste in den Bildungsausschuss eingebracht werden. Wir bedauern sehr, dass bisher von der CSU diesbezüglich zu wenig gekommen ist, und werden den Antrag der SPD absolut unterstützen. Wir brauchen sofort Maßnahmen und nicht erst in Monaten oder Jahren.
- Vielen Dank für das Zuhören.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Dann bitte ich den Herrn Kollegen Gehring.

Thomas Gehring (GRÜNE): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! In bayerischen Schulklassen geschehen bemerkenswerte Dinge. Ein Lehrer einer Flüchtlingsklasse an einer Berufsschule erzählte kürzlich, wenn er in die Klasse komme, stünden die Schülerinnen und Schüler auf. Am Ende des Unterrichts kämen sie nach vorne und bedankten sich per Handschlag für den Unterricht. Daran sieht man, dass diese jungen Menschen Bildung wertschätzen. Bei den Eltern ist die erste Frage, wenn sie ankommen: Where is the education? Man muss sehen, dass diese Kinder und Jugendlichen zum Teil zwei Jahre lang keine Schule besucht haben, weil die Schule zerstört ist, es zu gefährlich war, in die Schule zu gehen, oder weil sie zwei Jahre lang auf der Flucht waren.

Es kommen junge Menschen, die in ihrem Heimatland bereits gut ausgebildet wurden, aber auch Analphabeten. Ihnen allen gemeinsam ist aber die hohe Wertschätzung der Bildung. Diese hohe Wertschätzung hat auch unsere Gesellschaft. Sprechen wir mit den IHKs und den Handwerkskammern. Sie sagen, bildet diese Leute gut aus, wir können sie brauchen.

Bildung ist ein Menschenrecht. Bildung ist eine Aufgabe des Landes. Wir haben die Schulpflicht für junge Menschen und die Berufsschulpflicht. Wir verfügen auch über gute Angebote in Bayern. Die SchlaU-Schule ist mit einem Konzept vorangegangen, das zum Teil jetzt vor Ort umgesetzt wird. Wir haben eine Reihe von Maßnahmen. Was aber fehlt, sind tatsächlich ausreichende Mittel.

Herr Kollege Professor Dr. Waschler, die schönen Dinge, die Sie fordern, müssen finanziert werden. Gegenwärtig haben wir die Situation, dass das Kultusministerium die Mittel zusammenkratzt, hier etwas wegnimmt und von dort etwas hernimmt. Es nimmt die Mittel aus der Mobilen Reserve, die ohnehin nicht ausreichen und nicht für etwas

anderes gedacht sind. Es nimmt die Mittel aus dem Integrationszuschlag, der für etwas anderes gedacht ist. Für diese Aufgabe fehlt eine kontinuierliche Finanzierung.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU und lieber Herr Kollege Professor Dr. Waschler, Sie haben diese Chance bei den Haushaltsberatungen verpasst. Die FREIEN WÄHLER und wir hatten einen Antrag gestellt, hier eine eigene Titelgruppe einzurichten und das als Daueraufgabe zu verankern. Zehn Millionen Euro waren im Gespräch. Kein Mensch weiß, ob diese zehn Millionen Euro reichen, aber es wäre klar gewesen, dass es sich um eine Daueraufgabe des Landes handelt, der wir uns widmen. Sie haben diesen Antrag damals abgelehnt und Ihre Versprechen, die der Herr Kultusminister gegeben hat, eben nicht erfüllt.

Deswegen unterstützen wir jetzt auch den Antrag der SPD, ein Programm auf den Weg zu bringen, weil wir ausreichend Lehrerinnen und Lehrer benötigen, die unterrichten. Wir haben zwar die Berufsschulpflicht, aber nur für ein Drittel der Jugendlichen stehen Klassen zur Verfügung, die sie besuchen können. Die Berufsschulen führen Aufnahmeprüfungen durch. Sie wählen beispielsweise diejenigen aus, die Englisch sprechen, jünger sind oder ihnen möglicherweise talentierter erscheinen. Das kann es aber nicht sein. Das ist kein Erfüllen einer Berufsschulpflicht für Flüchtlinge.

Wir benötigen deswegen diese Mittel. Wir benötigen deswegen diese Unterstützung. Wir benötigen auch eine bessere Situation für die Lehrerinnen und Lehrer. Wir haben viele Lehrerinnen und Lehrer, die in diesen Klassen mit Einjahresverträgen beschäftigt sind und die wieder gehen, wenn sie etwas Besseres finden.

Wir brauchen Deutsch als Zweitsprache. Da müssen wir ein Modell auflegen, auch um die jetzigen Lehrer auszubilden. Wir haben viele nicht beschäftigte Deutschlehrer. Der Philologenverband hat schon vor zwei Jahren gefragt: Warum legen Sie kein Programm auf, diese Leute für Deutsch als Zweitsprache einzusetzen?

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Wir brauchen die Mittel. Stimmen Sie diesem Antrag der SPD heute zu. Wir brauchen eine dauerhafte Finanzierung für die Unterrichtung der Flüchtlinge. Tolle Modellprojekte reichen nicht, wenn sie nicht finanziert sind.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD – Zuruf der Abgeordneten Ingrid Heckner (CSU))

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Nächster Redner ist der Kollege Hofmann.

Michael Hofmann (CSU): (Vom Redner nicht autorisiert) Frau Vizepräsidentin, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, sehr geehrte Damen und Herren des Hohen Hauses! Wir haben den Dringlichkeitsantrag der SPD vorliegen. Es ist im Grunde genommen das gleiche Spiel, das wir schon kennen.

(Margit Wild (SPD): Das ist doch kein Spiel! – Volkmar Halbleib (SPD): Sie haben schon falsch angefangen! – Weitere Zurufe von der SPD)

- Ich habe noch nicht einmal angefangen, und Sie wissen schon wieder alles besser. Das ist die typische Reaktion. Hören Sie doch erst einmal zu! Hören Sie einfach einmal zu. Das gehört auch dazu. – Wir hatten im Haushaltsausschuss einen Antrag von den FREIEN WÄHLERN vom 04.11.2014 auf Drucksache 17/3980, für die beiden Haushaltsjahre 2015/16 Mittel in Höhe von zehn Millionen Euro einzustellen. Gleichzeitig hatten wir einen Antrag der GRÜNEN, Drucksache 17/4038, mit dem allein für das Jahr 2015 sechs Millionen Euro und allein für das Jahr 2016 sechs Millionen Euro gefordert wurden. Jetzt kommt die SPD und sagt, wir wollen für 2015 zehn Millionen Euro.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Wie viel haben Sie denn gewährt? – Volkmar Halbleib (SPD): Sie haben gar nichts gemacht!)

Das heißt zunächst einmal, und das haben Sie wieder ganz klar deutlich gemacht, dass Sie in diesem Zusammenhang erst einfach eine Forderung aufstellen und sagen,

irgendjemand muss es bezahlen. Das ist ein Problem. Das können Sie als Opposition so treiben. Deswegen sage ich, dies ist ein Spiel, nämlich Forderungen zu stellen, aber weder zu sagen, woher das Geld dafür kommen soll, noch dazu – und da komme ich dann gleich zu den Spiegelstrichen, die Sie gebracht haben – zu sagen, wo es die Verbesserungen letzten Endes geben soll.

(Volkmar Halbleib (SPD): Sie sollten sich ein bisschen mehr mit der Haushaltspolitik beschäftigen! – Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Wo kommt das Geld für die Polizisten her, das Sie vorher genehmigt haben?)

Das halte ich für ein außerordentliches Problem. - Herr Kollege Aiwanger,

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

wir sind hier nicht auf dem Bauernhof, wo der Bauer das Sagen hat.

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Ich bitte um etwas Ruhe. Moment einmal, bitte.

Michael Hofmann (CSU): (Vom Redner nicht autorisiert) Wir sind hier im Parlament und hören zu, Herr Kollege. - Danke.

(Zuruf des Abgeordneten Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER))

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Bitte lassen Sie den Herrn Hofmann mal reden!

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Ja. Schlimm genug!)

Michael Hofmann (CSU): (Vom Redner nicht autorisiert) - Dass das für Sie schlimm ist, kann ich mir gut vorstellen. Aber Sie müssen sich halt damit konfrontieren lassen, dass in diesem Zusammenhang die Menschen nicht nachvollziehen können, dass Sie Forderungen erheben, ohne dass Sie in irgendeiner Form Deckungsvorschläge machen.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Was machen denn Sie?)

Aber lassen Sie mich jetzt in dem Zusammenhang einmal ausführen - - - Sie hören wieder nicht zu. Macht nichts. Ich rede weiter.

(Helga Schmitt-Bussinger (SPD): Ihr tut nur nichts!)

Im Jahr 2014 haben wir eine Versechsfachung der Zahl der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge bei uns in Bayern gehabt. Wir waren trotzdem in der Lage, alle vollzeitschulpflichtigen Flüchtlinge zu beschulen. Das ist eine Leistung, die zunächst einmal anzuerkennen ist.

(Beifall bei der CSU)

Ich bin im Übrigen auch dankbar, dass man inzwischen – das war vor 15 oder 20 Jahren noch ganz anders - durchgehen lässt, dass Deutsch für die Integration eine wichtige Sache ist. Ich kann mich daran erinnern, dass man dem damaligen Innenminister Beckstein, der das damals gesagt hat, Deutschtümelei und Zwangsgermanisierung vorgeworfen hat. Auch das ist schon einmal ein Fortschritt bei der ganzen Sache.

(Beifall bei der CSU)

Jetzt komme ich aber zu dem Ansatz, den Sie bringen, wenn Sie nach dem Einsatz von Lehrkräften mit der Zusatzqualifikation Deutsch als Zweitsprache fragen. Das ist eine hervorragende Angelegenheit. Der Kollege Waschler hat schon ausgeführt, wie wir das machen wollen. - Kollege Felbinger, Sie sagen, dass wir den Antrag zur Änderung des Haushalts gebraucht haben und dass dadurch Bewegung hereingekommen ist: Sie haben bloß Geld gefordert.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Ach, hört doch auf!)

Inhaltlich haben Sie in dem Antrag überhaupt nichts darüber ausgesagt, wie das gemacht werden soll. Dieser Antrag kommt jetzt von der CSU. Und damit werden wir uns beschäftigen.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Dann ist es besser?)

In der Vergangenheit haben wir im Übrigen auch schon etwas getan: Wenn Sie sich zum Beispiel anschauen, wie sich die Absolventenzahlen bei Deutsch als Zweitprüfung in der ersten Staatsprüfung entwickelt haben, dann kann ich feststellen, dass man von 2012 auf 2015 von 180 auf 343 Absolventen gekommen ist.

(Zuruf der Abgeordneten Christine Kamm (GRÜNE))

Das ist eine Entwicklung, die man letzten Endes auch einmal berücksichtigen muss. Man kann sagen, das ist zu wenig. Aber wir können in diesem Zusammenhang die Menschen nicht dazu zwingen, Deutsch als Zweitprüfung zu nehmen. Was wir aber können, ist Anreize zu schaffen. Da hat das Ministerium auf die Anfrage von Frau Weikert hin deutlich gemacht: Im Bereich Grund- und Mittelschulen gibt es für diejenigen, die sich damit beschäftigen, einen Bonus von 0,15 auf die erste Lehramtsprüfung oder von 0,3 bei der ersten Lehramtsprüfung, zweites Staatsexamen. Genau mit diesen Mitteln arbeiten wir, um die Menschen dazu zu bekommen, diese Ausbildung zu absolvieren, damit sie diese letzten Endes auch einsetzen können.

Weiterhin ist zu berichten: Wir haben 1.600 speziell geschulte Förderlehrer, rechnerisch einen an jeder zweiten Schule. Auch dies betrifft letzten Endes den vierten Spiegelstrich des SPD-Antrags. Aber ich sage Ihnen auch, und da wäre ich Ihnen für Unterstützung dankbar, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD - an die FREIEN WÄHLER kann ich meinen Appell nicht richten, an die GRÜNEN kann ich ihn richten -: Wir haben dank des Ministerpräsidenten eine Initiative, dass es angebracht wäre, wenn uns die Bundesrepublik Deutschland entsprechend unterstützen würde, wenn wir zu lange Laufzeiten bei der Bearbeitung von Asylbewerberverfahren haben.

(Zuruf der Abgeordneten Christine Kamm (GRÜNE))

Wenn wir in diesem Zusammenhang mehr Geld bekommen, können wir auch weiterhin mehr tun. Das wäre mal ein Ansatz,

(Christine Kamm (GRÜNE): Das ist kein Ansatz!)

und wenn Sie uns in diesem Punkt unterstützen wollen, wäre das ganz hervorragend.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Sie brauchen uns da doch gar nicht! –

Christine Kamm (GRÜNE): Was soll denn das?)

- Das stimmt, wir brauchen Sie nicht. Das ist richtig, Herr Kollege Aiwanger. – Deswegen kann ich klipp und klar sagen: Die Ansätze, die wir gerade vorgestellt haben, sind der richtige Weg. Wir freuen uns auf die Diskussion im Bildungsausschuss, haben aber auch deutlich gemacht, dass wir bei dem Ganzen nicht einfach nur zuschauen werden, sondern – das hat auch Staatssekretär Eisenreich in der Diskussion im November 2014 gesagt – dementsprechend handeln werden. Genau danach verfahren wir.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Bitte verbleiben Sie am Rednerpult, Herr Hofmann. Wir haben zwei Zwischenbemerkungen. Zunächst der Herr Gehring, dann der Herr Felbinger.

Thomas Gehring (GRÜNE): Herr Kollege Hofmann, zur Initiative des Ministerpräsidenten muss ich sagen: Es ist für ein reiches Land wie Bayern ein Armutszeugnis, wenn es für einen zweistelligen Millionenbetrag der Hilfe des Bundes bedarf, um den Flüchtlingen hier schnell zu helfen. Zum Haushaltsantrag möchte ich schon sagen: Wir GRÜNEN und die FREIEN WÄHLER haben einen Antrag zum Haushalt gestellt, der natürlich nicht inhaltlich formuliert, was dadurch passiert.

(Michael Hofmann (CSU): Richtig!)

Für die GRÜNEN nehme ich in Anspruch, dass dieser Haushaltsantrag gegenfinanziert ist. Wir haben auch gesagt, woher das Geld für die Finanzierung kommt. Sie haben diesem Antrag nicht zugestimmt. Sie haben jetzt das Problem, dass Sie keine solide Finanzierung für diese Aufgaben haben. Wenn es im vergangenen Jahr bei Ihnen möglicherweise einen Überraschungseffekt gegeben hat, der nicht nachvollzieh-

bar war, weil man schon wusste, was in Syrien und im Mittleren Osten los ist, so wissen wir jetzt für die Zukunft, für die zwei nächsten Haushaltsjahre, vor welcher Herausforderung wir stehen. Deswegen haben wir diesen Antrag gestellt, um eine gesicherte Finanzierung zu bekommen. Sie haben dem nicht zugestimmt. Offensichtlich haben die Bildungspolitiker in der CSU-Fraktion nicht so viel Kreuz, um durchzudrücken, dass die Finanzierung kommt. Der Antrag der SPD zeigt nur Ihr Defizit auf. Wir hätten gern von Ihnen etwas darüber gehört, wie Sie die Beschulung von Flüchtlingen als Daueraufgabe finanzieren und verankern wollen. Wir haben sehr engagierte Leute vor Ort; wir haben Lehrerinnen und Lehrer, die aus eigener Tasche eine Fortbildung beim Goethe-Institut finanzieren. Aber eigentlich ist es Aufgabe des Landes. Da erwarte ich etwas Konkretes von Ihnen. Da geht es nicht um Spielerei, sondern um knallharte, handfeste Haushaltspolitik.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Bitte schön.

Michael Hofmann (CSU): (Vom Redner nicht autorisiert) Herr Kollege Gehring, herzlichen Dank, wobei ich nicht ganz nachvollziehen kann, wenn Sie kritisieren, wir brauchen für zehn Millionen Euro die Unterstützung des Bundes. Wir geben in diesem Zusammenhang im Doppelhaushalt 900 Millionen Euro für die Asylbewerber aus. Und wir zahlen im Übrigen, anders als andere Bundesländer, die Unterbringung bei den Kommunen. Das ist eine Unterstützung der Kommunen. In dem Zusammenhang eine Unterstützung des Bundes dann nicht zu fordern, halte ich für verwerflich.

(Beifall bei der CSU – Zuruf der Abgeordneten Christine Kamm (GRÜNE))

Aber wenn Sie diesen Kurs gegen den Freistaat Bayern weiterfahren wollen, können Sie das gerne tun. Wir haben im Übrigen deutlich gemacht, dass diese Aufgabe insofern auch vom Bildungsbereich her als Daueraufgabe angelegt ist und dass inzwischen bei allen Ausbildungen im Bereich des Lehramts berücksichtigt wird, dass Deutsch als Fremdsprache für die Integration auch die entsprechende Ausbildung er-

fordert. Sie können uns in diesem Zusammenhang nicht vorwerfen, wir würden diese Probleme nicht sehen. Ich würde mir schon wünschen, dass Sie das zur Kenntnis nehmen. Wir kümmern uns um die Dinge. Wir haben im Übrigen auch gezeigt, dass wir reagieren können. Ich kann Ihnen noch die Zahlen nennen, wenn wir die Übergangsklassen anschauen. Im November 2014 waren es 338, inzwischen sind wir bei 350 Klassen. Das ist auch eine Leistung in dem Zusammenhang. Wir stellen uns nicht hin und sagen, es ist uns egal, wo ihr hingeht. Wir kümmern uns darum. Das können Sie uns nicht absprechen.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Die nächste Zwischenbemerkung macht jetzt der Kollege Felbinger, und danach kommt der Kollege Güll.

Günther Felbinger (FREIE WÄHLER): Herr Kollege Hofmann, Sie haben der Opposition, speziell den GRÜNEN und uns, mangelnde inhaltliche Konzeption bei unseren Haushaltsanträgen vorgeworfen. Dazu muss ich sagen: Es ist auch nicht Sinn und Zweck des Haushaltsantrags, ein Konzept vorzulegen. Wir wären manchmal froh, wenn wir von der CSU endlich einmal ein Konzept vorgelegt bekämen, zum Beispiel zum Gymnasium. Das möchte ich nur als Stichwort erwähnen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Dazu ist bis jetzt noch nichts geschehen.

Ich will noch auf einen ganz anderen Punkt hinaus. Sie haben gesagt, wir würden oft keine Deckungsvorschläge vorlegen. Deshalb frage ich Sie einmal: Wie lautet der Deckungsvorschlag für diese 100 Stellen für Polizisten, die Sie beschlossen haben?

(Manfred Ländner (CSU): Wollt ihr die wieder abschaffen?)

- Nein, ich will nur fragen, wie dafür der Deckungsvorschlag lautet.

Michael Hofmann (CSU): (Vom Redner nicht autorisiert) Herr Kollege Felbinger, ich habe Ihnen nicht vorgeworfen, dass Sie im Haushaltsantrag nichts Inhaltliches zu diesem Thema gesagt haben. Sie haben sich hier vor Kurzem in einer Rede darauf bezogen, dass sich die CSU wegen dieses Antrags inhaltlich bewegt. Darauf wollte ich hinweisen. Wir hatten diesen Haushaltsantrag auf 10 Millionen gar nicht nötig. Er war weder ein Anreiz für uns, noch war es eine Idee, die Sie uns unterbreitet haben. Sie haben einfach nur 10 Millionen gefordert. Das, was wir ausgearbeitet haben und was der Kollege Waschler vorgestellt hat, ist nicht auf das zurückzuführen, was Sie unterbreitet haben. Es ist darauf zurückzuführen, dass wir das durchführen, was wir schon versprochen haben. Wir werden die Entwicklung beobachten, die Probleme benennen und ihnen dann auch begegnen.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Der Nächste ist der Herr Kollege Güll.

Martin Güll (SPD): Herr Kollege Hofmann, es gibt in diesem Hause Themen, bei denen man durchaus den Ton anheben kann, bei denen es auch einmal eine richtige Auseinandersetzung geben kann. Dieses Thema eignet sich aber nicht dafür. Ich weiß auch, dass Sie es ganz anders können. Ich verstehe nicht, warum Sie hier diesen Ton reinbringen. Ich habe das Gefühl, dass auch der Herr Ministerpräsident von dieser Sache betroffen ist.

Ich will es noch einmal deutlich machen: Dieses Zehn-Millionen-Notprogramm ist schon während der Haushaltsverhandlungen vorgestellt worden, weil es schon im November oder Dezember einen riesigen Bedarf in der täglichen Arbeit gegeben hat. Staatsminister Spaenle hat dem damals offensichtlich nicht umsonst zugestimmt und gesagt, hier müssen wir etwas tun. Es war also notwendig. Dass es dann hinten runtergefallen ist, kann vielleicht auch in diesem Kontext erklärt werden. Tatsache bleibt aber, dass das, was im November und Dezember richtig und notwendig war, nicht ge-

löst ist, weil das Geld offensichtlich fehlt. Deshalb kommt jetzt im Januar der Antrag, mit dem wir sagen: Wir brauchen jetzt dringend die Verstärkermittel, und zwar unabhängig von dem, was Sie jetzt wiederholt haben und was auch richtig ist. Draußen ist es unerheblich, ob es 338 oder 350 Übergangsklassen sind, wenn wir 400 brauchen, weil die Leute da sind. Sie brauchen jetzt Hilfe, und deswegen müssen wir uns jetzt etwas überlegen. Egal, ob es 10 Millionen, 8 Millionen oder 12 Millionen sind, lassen Sie uns in Ruhe darüber reden, wie viel wir brauchen und was jetzt notwendig ist. Dann verhandeln wir darüber. Die Spiegelstriche sind doch nur Beispiele dafür, was draußen notwendig ist. Damit kann man doch bitte schön anders umgehen.

(Beifall bei der SPD)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Herr Hofmann, bitte.

Michael Hofmann (CSU): (Vom Redner nicht autorisiert) Sehr geehrter Kollege Güll, sehen Sie es mir bitte nach, dass ich bei meinem jugendlichen Auftreten eine etwas forschere Art habe. Es ist erst meine dritte Rede hier im Haus. Dank dem Kollegen Zellmeier werden es wahrscheinlich bald ein bisschen mehr Reden werden, weil wir jetzt mehr Redezeit haben. Dann kann ich mich auch noch daran gewöhnen, Herr Kollege Güll; ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie entsprechend Nachsicht üben.

Herr Kollege Güll, mich ärgert es, dass bei einer sachlichen Auseinandersetzung von den Oppositionsparteien immer irgendwelche Zahlen genannt werden, die nicht begründet werden. Sie haben vorhin in der Frage an den Kollegen Waschler gesagt, der BLLV habe das berechnet. Nehmen Sie bitte auch Rücksicht auf diejenigen, die bei solchen Gesprächen nicht dabei waren, die keine Bildungspolitiker sind. Es wäre Ihre Aufgabe, dem Parlament zu erklären, wie Sie auf diese 10 Millionen kommen. Sie können nicht irgendwelche Zahlen nennen und sagen, wir sind jetzt beim heiteren Zahlenraten. Das ärgert mich. Wenn Sie sich mit uns sachlich auseinandersetzen, werden wir auch eine sachliche Diskussion führen.

(Beifall bei der CSU)

In einem Spiegelstrich schreiben Sie zum Beispiel, dass man den Mobilen Sonderpädagogischen Dienst ausbauen muss. Dazu muss ich sagen: Es geht hier nicht um Leute, die Inklusion brauchen. Das ist ein völlig falscher Ansatz. Wir brauchen andere Leute, wir brauchen Leute wie Schulpsychologen, die sich darum kümmern. Ich muss von Ihnen doch erwarten können, dass Sie die richtigen Fachbegriffe verwenden. Sie sagen, Sie wollten in dem Zusammenhang Heilpädagogen einsetzen. Das ist genau der Punkt, an dem wir sagen: Wir brauchen geschulte Förderlehrer, die draußen auch vorhanden sind. Deswegen bin ich mit dem Antrag nicht zufrieden, und dementsprechend habe ich reagiert. Wenn es Ihnen etwas zu scharf war, sehen Sie mir das bitte nach. Vielleicht klappt es beim nächsten Mal besser.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Nun bitte ich Herrn Staatssekretär Eisenreich.

Staatssekretär Georg Eisenreich (Kultusministerium): Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! Wir beschäftigen uns mit einem wichtigen Thema, das uns auch noch länger begleiten wird. Niemand kann bestreiten, dass es eine große Herausforderung, aber auch eine große Chance ist. Zu der allgemeinen Diskussion will ich nichts sagen, weil heute der Aspekt der Bildung im Mittelpunkt steht, und darauf will ich mich beschränken. Wir nehmen dieses Thema sehr, sehr ernst. Wir packen hier kräftig an und investieren auch viel. Auch wenn ich nicht alles im Detail zusammengerechnet habe, bin ich mir sicher, dass wir am Ende des Jahres 2015 mehr als die 10 Millionen, die Sie fordern, für diese Aufgabe zusätzlich zur Verfügung gestellt haben werden. Dessen bin ich mir wirklich sicher.

(Beifall bei der CSU)

Wir reagieren auf den Bedarf, und der Bedarf wird nach unserer Einschätzung weiter steigen. Dass die Opposition runde Summen fordert, ist normal, genauso wie es früher normal war, dass eine Bildungsmilliarde gefordert worden ist. Diese Forderungen sind erst verstummt, als klar war, dass wir nicht eine Milliarde, sondern zwei Milliarden

mehr investieren. Ich glaube, auch bei diesem Thema werden wir zeigen, dass wir unserer Verantwortung gerecht werden.

Wir haben schon im November eine ausführliche Debatte über dieses Thema geführt. Ich verweise auf diese Debatte, möchte aber kurz stichpunktartig darstellen, was wir bereits machen.

Wir haben im Kultusministerium eine Stabsstelle eingerichtet. Herr Dr. Geiger – er ist heute auch da – ist der Leiter dieser Stabsstelle. Wir haben selbstverständlich ein Gesamtkonzept für die Beschulung schulpflichtiger Asylbewerberkinder und Flüchtlingskinder erarbeitet. Wir fangen mit Sprachkursen in den Erstaufnahmeeinrichtungen in München und in Zirndorf an. Wenn der gewöhnliche Aufenthalt feststeht, gibt es beim Sozialministerium den Anspruch auf Bildung in Kindertagesstätten. Wir haben Vorkurse. Bei den Grundschulen und Mittelschulen haben wir für alle vollzeitschulpflichtigen Kinder Angebote, zum einen über die Übergangsklassen und zum anderen über zusätzliche Sprachförderkurse. Am Beispiel der Übergangsklassen merkt man, dass wir dem Bedarf entsprechend nachsteuern und Angebote schaffen. Wir haben am Anfang des Schuljahres rund 300 Übergangsklassen gehabt. In den letzten Monaten bis jetzt wurden es 350 Übergangsklassen. Man sieht, dass wir auf den Bedarf reagieren. Wir werden so weitermachen. Wir bauen auch die Sprachförderangebote in Deutschförderklassen und -kursen aus. Dafür haben wir auch Ressourcen. Weil wir die Themen kennen und für die Zukunft planen, sind in einem Haushalt von 11 Milliarden Euro Ressourcen vorhanden. Wir stellen in den Monaten November bis Februar für die Grundschulen und Mittelschulen zusätzliche Lehrer ein. Wir haben Ressourcen für die Sprachförderung. Für Asylbewerberkinder und Flüchtlingskinder haben wir Ressourcen im Haushalt. Wir haben auch eine Nachsteuerungsreserve, weil sich innerhalb eines Doppelhaushalts immer Änderungen bei den Schülerzahlen und den Schülerströmen ergeben können. Dafür braucht man Möglichkeiten zu reagieren. Deswegen können wir auch während des laufenden Schuljahres zusätzliche Angebote schaffen.

Für die berufsschulpflichtigen Jugendlichen haben wir ein zweijähriges qualitativ hochwertiges Modell, für das wir bundesweit sehr gelobt werden. Dieses Modell wurde in Nürnberg und in München entwickelt. In der Zwischenzeit haben wir für diese Kinder 190 Klassen. Diese Klassen reichen noch nicht aus, das gebe ich gerne zu. Wir brauchen natürlich Ressourcen, um dieses Angebot weiter ausbauen zu können. Dafür werden wir auch Ressourcen bereitstellen.

Das Thema Fortbildung ist ganz wichtig, weil immer mehr Lehrkräfte erstmalig mit Flüchtlingskindern und Asylbewerberkindern umgehen müssen. Das Fach DaZ – Deutsch als Zweitsprache – wird in der Lehrerausbildung sowohl im Regelstudium als auch als Erweiterungsfach angeboten. Die Lehrkräfte haben zudem die Möglichkeit, sich berufsbegleitend in Dillingen in diesem Fach weiterzubilden. Neu ist, dass wir schulinterne Lehrerfortbildungen und in Dillingen Intensivlehrgänge anbieten. Das war eine Anregung und der Wunsch der CSU-Landtagsfraktion. Dadurch bekommen Lehrkräfte, die erstmalig mit diesem Thema zu tun haben, ein schnelles, unkompliziertes, unbürokratisches Angebot. Wir kooperieren auch mit den Hochschulen. Sie sehen also, dass wir hier insgesamt sehr viel tun.

Wir investieren auch viel. Wir investieren so viel wie kaum ein anderes Bundesland, weil wir finanziell so stark wie kein anderes Bundesland sind. Deshalb bin ich mir sicher, dass wir am Ende mehr als die geforderten 10 Millionen Euro zur Verfügung stellen werden. Ich bedanke mich bei allen, die vor Ort eine hervorragende Arbeit leisten, bei den Lehrkräften, beim BLLV, bei den pensionierten Lehrkräften, die sich zur Verfügung gestellt haben, bei den Verbänden, bei den Kirchen, bei den Hilfsorganisationen und allen, die sich ehrenamtlich einbringen. Herzlichen Dank an dieser Stelle. Wir werden diese Kräfte brauchen, um diese Aufgabe noch lange bewältigen zu können. Das ist eine Aufgabe für den Bund, das Land und die Kommunen. Herr Kollege Hofmann, Sie haben völlig recht. Der Bund muss sich finanziell beteiligen, weil er für die langen Verfahrenszeiten verantwortlich ist. Herzlichen Dank für die gute Diskussion. Für gute Anregungen sind wir immer dankbar.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Herzlichen Dank. – Wir haben noch eine Zwischenbemerkung. Bitte, Herr Kollege Felbinger.

Günther Felbinger (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Staatssekretär, lieber Herr Kollege Eisenreich, Sie haben sehr schöne Zahlen genannt und gesagt, was schon alles gemacht worden ist. Das bestreitet niemand. Bei den Übergangsklassen haben wir sicherlich zugelegt. Die Probleme liegen jedoch bei der kleinen Grundschule X oder Y oder der kleinen Mittelschule, wo drei, vier, fünf oder zehn Schülerinnen und Schüler beschult werden müssen. Sie haben angekündigt, dass im November, Dezember und Februar zusätzliche Lehrkräfte eingestellt werden. Das klingt mir sehr nach laufendem Betrieb. Deswegen würde ich gerne wissen, aus welchen Haushaltstiteln diese Lehrkräfte finanziert werden.

Staatssekretär Georg Eisenreich (Kultusministerium): Wir haben jedes Jahr am Beginn des Schuljahres einen Einstellungstermin.

(Martin Güll (SPD): Damit ersetzen Sie Pensionisten!)

- Auch. Die Hauptgründe für diese Aufstockung sind natürlich der Ersatz von Pensionisten und der Vertretungsbedarf. Wir wollen aber damit auch zusätzliche Aufgaben, die im Laufe des Jahres anfallen, bewältigen. Wenn es Sie interessiert, kann ich den Haushaltstitel gern nachliefern. Das ist nichts Neues.

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Herzlichen Dank. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Deshalb ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen jetzt zur Abstimmung in namentlicher Form. Die Abstimmung beginnt jetzt. Dafür stehen fünf Minuten zur Verfügung.

(Namentliche Abstimmung von 16.14 bis 16.19 Uhr)

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, die Stimmabgabe ist abgeschlossen. Die Karten werden außerhalb des Saales ausgezählt. Ich darf Sie bitten, wieder Platz zu nehmen.

(...)

Präsidentin Barbara Stamm: Ich darf noch das Ergebnis einer namentlichen Abstimmung bekannt geben, und zwar geht es um den Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion betreffend "Sofortprogramm für die Beschulung junger Flüchtlinge", Drucksache 17/5003: Mit Ja haben 59 gestimmt, mit Nein haben 84 gestimmt. Stimmenthaltungen gab es keine. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 5)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 29.01.2015 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Martin Güll, Natascha Kohnen u. a. und Fraktion SPD; Sofortprogramm für die Beschulung junger Flüchtlinge (Drucksache 17/5003)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus				Gehring Thomas	X		
Aigner Ilse		X		Gerlach Judith		X	
Aiwanger Hubert	X			Gibis Max		X	
Arnold Horst	X			Glauber Thorsten	X		
Aures Inge	X			Dr. Goppel Thomas		X	
				Gote Ulrike			
Bachhuber Martin		X		Gottstein Eva			
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter	X			Güll Martin	X		
Bauer Volker		X		Güller Harald	X		
Baumgärtner Jürgen		X		Guttenberger Petra		X	
Prof. Dr. Bausback Winfried		X					
Bause Margarete	X			Haderthauer Christine		X	
Beißwenger Eric		X		Häusler Johann	X		
Dr. Bernhard Otmar		X		Halbleib Volkmar			
Biedefeld Susann				Hanisch Joachim	X		
Blume Markus		X		Hartmann Ludwig	X		
Bocklet Reinhold		X		Heckner Ingrid		X	
Brannekämper Robert		X		Heike Jürgen W.		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X		Herold Hans		X	
Brückner Michael		X		Dr. Herrmann Florian		X	
von Brunn Florian	X			Herrmann Joachim			
Brunner Helmut				Dr. Herz Leopold	X		
				Hiersemann Alexandra	X		
Celina Kerstin	X			Hintersberger Johannes			
				Hofmann Michael		X	
Dettenhöfer Petra				Holetschek Klaus		X	
Dorow Alex		X		Dr. Hopp Gerhard		X	
Dünkel Norbert		X		Huber Erwin		X	
Dr. Dürr Sepp				Dr. Huber Marcel		X	
				Dr. Huber Martin		X	
Eck Gerhard		X		Huber Thomas		X	
Dr. Eiling-Hütig Ute		X		Dr. Hünnerkopf Otto		X	
Eisenreich Georg		X		Huml Melanie		X	
Fackler Wolfgang		X		Imhof Hermann		X	
Dr. Fahn Hans Jürgen	X						
Fehlner Martina				Jörg Oliver		X	
Felbinger Günther	X						
Flierl Alexander		X		Kamm Christine	X		
Dr. Förster Linus	X			Kaniber Michaela		X	
Freller Karl		X		Karl Annette	X		
Füracker Albert				Kirchner Sandro		X	
				Knoblauch Günther	X		
Ganserer Markus	X			König Alexander		X	
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul	X			Kohnen Natascha	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Kränzle Bernd			
Dr. Kränzlein Herbert	X		
Kraus Nikolaus	X		
Kreitmair Anton		X	
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Ländner Manfred		X	
Lederer Otto		X	
Leiner Ulrich	X		
Freiherr von Lerchenfeld Ludwig			
Lorenz Andreas			
Lotte Andreas	X		
Dr. Magerl Christian	X		
Dr. Merk Beate			
Meyer Peter			
Mistol Jürgen	X		
Müller Emilia			
Müller Ruth	X		
Mütze Thomas			
Muthmann Alexander	X		
Neumeyer Martin		X	
Nussel Walter		X	
Osgyan Verena	X		
Petersen Kathi	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich			
Prof. Dr. Piazolo Michael	X		
Pohl Bernhard	X		
Pschierer Franz Josef			
Dr. Rabenstein Christoph			
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris	X		
Dr. Reichhart Hans		X	
Reiß Tobias		X	
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus	X		
Ritt Hans		X	
Ritter Florian	X		
Roos Bernhard	X		
Rosenthal Georg			
Rotter Eberhard		X	
Rudrof Heinrich		X	
Rüth Berthold		X	
Sauter Alfred		X	
Scharf Ulrike			
Scheuenstuhl Harry	X		
Schindler Franz	X		
Schmidt Gabi	X		
Schmitt-Bussinger Helga	X		
Schöffel Martin			
Schorer Angelika		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer-Stäblein Kerstin		X	
Schulze Katharina			
Schuster Stefan			
Schwab Thorsten		X	
Dr. Schwartz Harald		X	
Seehofer Horst		X	
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl			
Sengl Gisela			
Sibler Bernd		X	
Dr. Söder Markus			
Sonnenholzner Kathrin	X		
Dr. Spaenle Ludwig			
Stachowitz Diana	X		
Stamm Barbara		X	
Stamm Claudia			
Steinberger Rosi	X		
Steiner Klaus		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Straub Karl		X	
Streibl Florian	X		
Strobl Reinhold	X		
Ströbel Jürgen		X	
Dr. Strohmayr Simone			
Stümpfig Martin	X		
Tasdelen Arif	X		
Taubeneder Walter		X	
Tomaschko Peter		X	
Trautner Carolina		X	
Untertländer Joachim		X	
Dr. Vetter Karl			
Vogel Steffen		X	
Waldmann Ruth	X		
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst		X	
Weikert Angelika			
Dr. Wengert Paul	X		
Werner-Muggendorfer Johanna	X		
Westphal Manuel		X	
Widmann Jutta			
Wild Margit	X		
Winter Georg		X	
Winter Peter			
Wittmann Mechthilde		X	
Woerlein Herbert	X		
Zacharias Isabell	X		
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno	X		
Gesamtsumme	59	84	0